

zur Erklärung

zur gesonderten - und einheitlichen - Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung und die Eigenheimzulage

Abgabefrist: 31. Mai 2007

Diese Anleitung soll Sie darüber informieren,

- in welchen Fällen eine Erklärung zur gesonderten – und einheitlichen – Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung und die Eigenheimzulage beim Finanzamt einzureichen ist und
- wie Sie die Vordrucke richtig ausfüllen.

Sie kann allerdings nicht alle Fragen beantworten.

Wesentliche Änderungen gegenüber der Anleitung für 2005 sind durch senkrechte Linien gekennzeichnet.

Erklärungspflicht

a) Gesonderte Feststellung

Zur Abgabe einer Erklärung für die gesonderte Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung sind Einzelunternehmer mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder aus freiberuflicher Tätigkeit verpflichtet, die ihren Wohnsitz und ihren Betrieb in Bezirken verschiedener Finanzämter und verschiedener Gemeinden haben oder die innerhalb derselben Wohnsitzgemeinde, aber in Bezirken mehrerer Finanzämter Betriebe unterhalten.

b) Gesonderte und einheitliche Feststellung

Zur Abgabe einer Erklärung für die gesonderte und einheitliche Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung und die Eigenheimzulage sind insbesondere verpflichtet

- Beteiligte an **Personengesellschaften und Gemeinschaften** mit
 - einkommensteuerpflichtige oder körperschaftsteuerpflichtigen Einkünften,
 - ausländischen Einkünften, die nach einem Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt, aber bei der Festsetzung der Steuern der beteiligten Personen von Bedeutung sind,
- Personen, für die ein am Schluss des Feststellungszeitraums verbleibender verrechenbarer Verlust festzustellen ist,
- Personen, die gemeinsam Steuervergünstigungen zur Förderung des Wohneigentums - einschließlich Eigenheimzulage - beantragen.

Für jedes Unternehmen, jede Gesellschaft, Gemeinschaft oder jeden Gegenstand der Einkunftserzielung ist eine Erklärung abzugeben. Bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und Vermögensmassen ist der Geschäftsführer – bei nicht vorhandenem Geschäftsführer jedes Mitglied, jeder Gesellschafter oder jeder Vermögensberechtigter – zur Abgabe der Feststellungserklärung verpflichtet.

Abgabefrist

Die allgemeine Frist für die Abgabe der Erklärung zur gesonderten – und einheitlichen – Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung 2006 läuft bis zum 31. Mai 2007. Bei Land- und Forstwirten endet die Abgabefrist spätestens drei Monate nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2006 / 2007. Diese Fristen können auf Antrag verlängert werden. Bei verspäteter Abgabe oder bei Nichtabgabe der Feststellungserklärung kann das Finanzamt einen Verspätungszuschlag und erforderlichenfalls Zwangsgelder festsetzen.

Für die Abgabe der Erklärung zur Feststellung von Grundlagen für die Eigenheimzulage sind Sie an die vorstehend genannten Fristen nicht gebunden.

Zuständiges Finanzamt

Geben Sie die Feststellungserklärung ab:

- bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, oder, wenn sich der Betrieb auf die Bezirke mehrerer Finanzämter erstreckt, bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der wertvollste Teil liegt (Lagefinanzamt),

- bei inländischen gewerblichen Betrieben bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sich die Geschäftsleitung befindet,
- bei gewerblichen Betrieben ohne Geschäftsleitung im Inland bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk eine Betriebsstätte – bei mehreren Betriebsstätten die wirtschaftlich bedeutendste – unterhalten wird (Betriebsfinanzamt),
- bei freiberuflicher Tätigkeit bei dem Finanzamt, von dessen Bezirk aus die Berufstätigkeit vorwiegend ausgeübt wird,
- bei einer Beteiligung mehrerer Personen an anderen Einkünften als Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus freiberuflicher Tätigkeit bei dem Finanzamt, von dessen Bezirk aus die Verwaltung dieser Einkünfte ausgeht, oder, falls dies nicht feststellbar ist, bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sich der wertvollste Teil des Vermögens befindet, aus dem die gemeinsamen Einkünfte fließen

Erklärung zur gesonderten Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung

Zur Erklärung gehören der zweiseitige **Hauptvordruck** (Est 1 B) sowie zusätzlich für

Land- und Forstwirte	die Anlage L (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft)
Gewerbetreibende und Freiberufler	die Anlage GSE (Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit)
Bezieher von ausländischen Einkünften	die Anlage AUS .

Soweit im Zusammenhang mit vorbezeichneten Einkünften anzurechnende Steuerbeträge (Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag, ausländische Quellensteuern nach der Zinsinformationsverordnung (ZIV), Solidaritätszuschlag) angefallen sind, geben Sie bitte zusätzlich die **Anlage KAP** (Zeilen 43 bis 45) ab.

Erklärung zur gesonderten und einheitlichen Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung und die Eigenheimzulage

Zur Erklärung gehören der zweiseitige **Hauptvordruck** (Est 1 B), für Angaben zu den Feststellungsbeteiligten die **Anlage FB** sowie zusätzlich

für Land- und Forstwirte	die Anlage L (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft)
für Haus- und Wohnungseigentümer	die Anlage V (Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) und / oder die Anlage FW (Steuerbegünstigung zur Förderung des Wohneigentums; Vorkostenabzug)
für Bezieher von Zinsen und anderen Kapitalerträgen	die Anlage KAP (Einkünfte aus Kapitalvermögen)
bei Vorliegen von Einkünften aus privaten Veräußerungsgeschäften sowie bei Einkünften aus wiederkehrenden Bezügen	die Anlage SO (Sonstige Einkünfte).

Für die Erklärung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit und weiterer Besteuerungsgrundlagen sowie für die Aufteilung aller Besteuerungsgrundlagen auf die Feststellungsbeteiligten benötigen Sie zusätzlich folgende Vordrucke

für laufende Einkünfte	die Anlage FE 1
für Veräußerungsgewinne, andere tarifbegünstigte Einkünfte und Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften	die Anlage FE 2
für Zuwendungen (Spenden und Beiträge) sowie Angaben zur Förderung des Wohneigentums / Bemessungsgrundlage für die Eigenheimzulage	die Anlage FE 3
für Angaben zur Feststellung eines verrechenbaren Verlustes nach § 15 b Abs. 4 EStG	die Anlage FE 4
für Einkünfte aus Kapitalvermögen, anrechenbare Steuern	die Anlage FE-KAP
für ausländische Einkünfte und Steuern	die Anlage FE-AUS 1
für weitere Besteuerungsgrundlagen mit Auslandsbezug	die Anlage FE-AUS 2
für zusätzliche Angaben bei Beteiligung von Körperschaften	die Anlage FE-K 1 und Anlage FE-K 2
für Angaben zur Feststellung eines verrechenbaren Verlustes nach § 15 a Abs. 4 EStG bei beschränkt haftenden Gesellschaftern	die Anlage FE-V/ Anlage FE-VM

So werden die Vordrucke ausgefüllt

Füllen Sie die **weißen** Felder der Vordrucke deutlich und vollständig aus. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, machen Sie zusätzliche Angaben ggf. auf einem besonderen Blatt. Fügen Sie bitte die erforderlichen Anlagen, Einzelaufstellungen und Belege bei.

Tragen Sie, soweit die Vordrucke dies vorsehen, alle Beträge in Euro und Cent ein. Anderenfalls runden Sie Cent-Beträge bitte zu Ihren Gunsten auf volle Euro-Beträge auf oder ab.

Hauptvordruck (ESt 1 B)

Zeilen 2 bis 7

Tragen Sie in diese Zeilen die Bezeichnung der Gesellschaft / Gemeinschaft / des Unternehmens, die Anschrift und die Rechtsform / Art der Tätigkeit ein.

Zeilen 10 bis 15

In Fällender gesonderten Feststellung tragen Sie bitte in den Zeilen 11 bis 14 Ihre private Wohnanschrift ein und geben Sie zusätzlich in der Zeile 15 Ihr Wohnsitzfinanzamt und Ihre dortige Steuernummer an.

Zeilen 16 bis 20

Sind von den festzustellenden Besteuerungsgrundlagen mehrere Personen betroffen, geben Sie in den Zeilen 17 bis 20 bitte Name und Anschrift des von allen Beteiligten bestellten Empfangsbevollmächtigten an, der ermächtigt ist, den Feststellungsbescheid sowie alle anderen mit dem Feststellungsverfahren im Zusammenhang stehenden Verwaltungsakte und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. Ist ein gemeinsamer Empfangsbevollmächtigter nicht vorhanden, gilt ein zur Vertretung der Gesellschaft oder der Feststellungsbeteiligten Berechtigter als Empfangsbevollmächtigter. Anderenfalls kann das Finanzamt die Beteiligten auffordern, einen Empfangsbevollmächtigten zu benennen, wobei es einen Beteiligten vorschlägt. Dieser gilt dann als Empfangsbevollmächtigter, wenn ein anderer nicht benannt wird.

Zeilen 23 bis 28

Vergessen Sie nicht, die Erklärung zu unterschreiben. Die Erklärung ist im Falle eines Einzelunternehmers vom Unternehmer selbst, im Falle einer Gesellschaft oder Gemeinschaft von dem seitens der Beteiligten mit der Erstellung und Unterzeichnung Beauftragten zu unterschreiben.

Zeilen 42 bis 45

In Fällen der Veräußerung oder Übertragung von Anteilen an einer Gesellschaft / Gemeinschaft, des Neueintritts oder des Aus-

scheidens einzelner Beteiligter oder der Änderung der Beteiligungsquote machen Sie die entsprechenden Angaben in den Zeilen 42 bis 45. Soweit dem Finanzamt hierzu noch keine Vertragsunterlagen zugeleitet worden sind, fügen Sie diese der Erklärung bei.

Zeilen 47 bis 55

Die Zeilen 47 bis 55 sind nur in Fällen der gesonderten Feststellung auszufüllen. Bei gesonderter und einheitlicher Feststellung sind diese Eintragungen in der Anlage FE 3 vorzunehmen.

Alle Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke sind grundsätzlich durch eine Zuwendungsbestätigung nachzuweisen. Für Zuwendungen bis 100 € ist folgender vereinfachter Nachweis möglich: Ist der Empfänger der Zuwendung eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle, genügt als Nachweis der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung (z. B. Kontoauszug). Bei gemeinnützigen Einrichtungen (z. B. Vereine, Stiftungen) ist zusätzlich ein von dieser Einrichtung erstellter Beleg erforderlich, der Angaben über die Freistellung von der Körperschaftsteuer und die Verwendung der Mittel enthält. Außerdem muss angegeben sein, ob es sich um Spenden oder Mitgliedsbeiträge handelt.

Aufwendungen für Lose einer Wohlfahrtslotterie und Zuschläge bei Wohlfahrtsbriefmarken sind keine steuerlich begünstigten Zuwendungen. Gleiches gilt für Zahlungen an gemeinnützige Einrichtungen, die als Bewährungsauftrag im Straf- oder Gnadenverfahren auferlegt werden.

Anlage FE 1

Zeilen 1 und 2

Kreuzen Sie die betreffende Einkunftsart an, für die die Anlage FE 1 verwendet werden soll. Die Namen der Beteiligten und die lfd. Nummern der Beteiligten übernehmen Sie bitte aus der Anlage FB.

Zeilen 3 und 4

Anzugeben sind die laufenden Einkünfte der Gesellschaft / Gemeinschaft (ggf. aus der Gesamthandsbilanz).

Einkünfte, die bei beteiligten natürlichen Personen dem sog. Halbeinkünfteverfahren unterliegen, oder Beträge, die bei beteiligten Kapitalgesellschaften nach § 8 b KStG steuerfrei sind, sind in voller Höhe, d. h. zu 100 %, anzusetzen.

Falls Sie teilweise Einkünfte aus Gewerbebetrieb durch den Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr erzielen, ist der anteilige laufende Gewinn lt. Steuerbilanz, der bei Ausübung des Wahlrechtes nach § 5 a EStG durch diesen nicht erfasst wird, hier anzugeben.

Zeile 6

Anzugeben sind die Gewinne / Verluste aus Ergänzungsbilanzen. In Fällen der Veräußerung oder Entnahme von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, die bei beteiligten natürlichen Personen dem Halbeinkünfteverfahren unterliegen und bei beteiligten Kapitalgesellschaften nach § 8 b KStG steuerfrei sind, müssen auch die (anteiligen) Buchwertabgänge aus der Ergänzungsbilanz enthalten sein. Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung eines gesamten Mitunternehmeranteils erklären Sie bitte nicht hier, sondern in der Anlage FE 2.

Zeile 7

Hier sind vorweg zuzurechnende Vergütungen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage anzugeben, die im Falle von Verlusten bei beschränkter Haftung (§ 15 a EStG) bei der Ermittlung der Ausgleichsbeschränkung einzubeziehen sind. Hierunter fallen insbesondere Tätigkeitsvergütungen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage sowie Zinsen für Kapitalanteile.

Zeile 9

Anzugeben ist der nach § 5 a Abs. 1 EStG ermittelte Gewinn aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr.

Soweit Unterschiedsbeträge (§ 5 a Abs. 4 Satz 1 EStG) oder Hinzurechnungsbeträge (§ 5 a Abs. 5 Satz 3 EStG) vorhanden sind, die dem Gewinn hinzuzurechnen sind, sind diese hier zu berücksichtigen. Die Berechnung fügen Sie bitte auf einem besonderen Blatt bei.

Zeile 10

Geben Sie hier bitte die Sonderbetriebseinnahmen / Sondereinnahmen auch dann in voller Höhe an, wenn sie bei beteiligten natürlichen Personen dem sog. Halbeinkünfteverfahren unterliegen oder bei beteiligten Kapitalgesellschaften nach § 8 b KStG steuerfrei sind (vgl. Zeile 21).

Liegen bei einem Betrieb, der seinen Gewinn nach § 5 a Abs. 1 EStG ermittelt, Vergütungen auf schuldrechtlicher Grundlage vor, sind diese in Zeile 10 einzutragen, wobei eventuelle mit den Sondervergütungen im Zusammenhang stehende Sonderbetriebsausgaben aus-

nahmsweise nicht unter Zeile 11 anzugeben, sondern unmittelbar mit den unter Zeile 10 zu erfassenden Vergütungen zu saldieren sind.

Zeile 11

Tragen Sie hier die Sonderbetriebsausgaben / Sonderwerbungskosten auch dann in voller Höhe ein, wenn sie bei beteiligten natürlichen Personen nach § 3 c EStG oder bei beteiligten Kapitalgesellschaften nach § 8 b KStG nicht abzugsfähig sind.

Zeile 23

Bitte geben Sie die in den Zeilen 4 bis 11 enthaltenen gewinnabhängigen Vorabgewinnanteile und gewinnabhängigen Sondervergütungen an. Der Betrag dient der zutreffenden Ermittlung des Aufteilungsmaßstabs für den Gewerbesteuer-Messbetrag.

Zeilen 24 und 25

Diese prozentualen Anteile (Zeile 24) sowie der betragsmäßige Anteil am Gewerbesteuer-Messbetrag der Gesellschaft (Zeile 25) sind in der Regel nach dem allgemein gültigen Gewinnverteilungsschlüssel zu ermitteln. Hinzuzurechnende Sonderbetriebseinnahmen und -ausgaben berühren diesen Anteil nicht.

Zeile 26

Die als Bemessungsgrundlage für die Ermäßigung nach § 35 EStG dienenden anteiligen Gewerbesteuer-Messbeträge aus Beteiligungen an inländischen Personengesellschaften, die im Gesamthandsvermögen der Gesellschaft gehalten werden, tragen Sie bitte hier ein.

Zeile 27

Einzutragen sind nicht die tatsächlichen Aufwendungen für Kinderbetreuung, sondern der im Rahmen der Höchstbeträge ermittelte Abzugsbetrag, soweit dieser nicht bei anderen Einkünften berücksichtigt wurde. Bitte fügen Sie die Rechnung des Dienstleisters und den Nachweis über die Zahlungen auf das Konto des Erbringers der Leistung bei.

Anlage FE 2

Kreuzen Sie in den Zeilen 1 und 2 die betreffende Einkunftsart an, für die die Anlage FE 2 verwendet werden soll. Die Namen der Beteiligten und die lfd. Nummern der Beteiligten übernehmen Sie bitte aus der Anlage FB.

In diesen Vordruck tragen Sie bitte neben den Veräußerungsgewinnen weitere Besteuerungsgrundlagen ein, wie z. B. übertragene Veräußerungsgewinne nach § 6 b EStG, tarifbegünstigte Veräußerungsgewinne nach § 34 EStG und andere besondere Tatbestände, wie z. B. Gewinne aus gewerblicher Tierzucht und -haltung, aus gewerblichen Termingeschäften und Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften.

Anlage FE 3

In diesem Vordruck sind Angaben zu den Sonderausgaben sowie zur Förderung des Wohneigentums / Eigenheimzulage möglich.

Die Namen der Beteiligten und die lfd. Nummern der Beteiligten übernehmen Sie bitte aus der Anlage FB.

Zeilen 3 bis 16

Tragen Sie bitte in den Zeilen 11 bis 15 nur Zuwendungen an Stiftungen ein. Angaben zu übrigen Zuwendungen machen Sie bitte in den Zeilen 3 bis 7.

Hinsichtlich der Anforderungen an die Zuwendungsbestätigungen beachten Sie bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 47 bis 55 des Hauptvordrucks (ESt 1 B).

Die Angabe zur Summe der Umsätze, Löhne und Gehälter in Zeile 16 dient der Höchstbetragsberechnung bei der Abzugsfähigkeit der Zuwendungen aus den Zeilen 3 bis 5 und 11 bis 15.

Zeile 17

Rentenzahlungen und / oder dauernde Lasten, die Sie für eine Vermögensübernahme geleistet haben, tragen Sie bitte hier ein. Bei Leibrenten geben Sie bitte nur den Ertragsanteil an.

Machen Sie erstmals Renten oder dauernde Lasten geltend, fügen Sie bitte eine Ablichtung des zugrunde liegenden Vertrags bei.

Anlage FE 4

Die Angaben auf der Anlage FE 4 dienen der zutreffenden Anwendung des § 15 b EStG (Steuerstundungsmodell). Ein Modell i. S. d. § 15 b EStG liegt vor, wenn aufgrund einer modellhaften Gestaltung steuerliche Vorteile in Form negativer Einkünfte erzielt werden sollen.

Anlage FE-VM

Dieser Vordruck ist vorgesehen für Kommanditisten und für Beteiligte einer Personengesellschaft / Gemeinschaft, deren Haftung der eines Kommanditisten vergleichbar ist.

Er dient der Erhebung der Angaben zur Berechnung des verrechenbaren Verlustes i. S. d. § 15 a EStG. Der Vordruck ist nicht für die Selbstberechnung des verrechenbaren Verlustes oder der anzusetzenden Einkünfte nach Anwendung des § 15 a EStG vorgesehen.

Kreuzen Sie in den Zeilen 1 und 2 die betreffende Einkunftsart an, für die die Anlage FE-VM verwendet werden soll. Die Namen der Beteiligten und die lfd. Nummern der Beteiligten übernehmen Sie bitte aus der Anlage FB.

Zeile 4

Geben Sie hier die Entnahmen aus der Gesamthandsbilanz an. Dazu zählen auch Rückzahlungen steuerfreier Vermögensmehrungen (z. B. Investitionszulagen und sonstige steuerfreie Zuschüsse).

Zeile 7

In Zeile 7 ist der im Handelsregister eingetragene Wert der Hafteinlage am Ende des Wirtschaftsjahres anzugeben, soweit er unter Beachtung der Grundsätze des § 15 a Abs. 1 Satz 2 und 3 EStG der Berechnung der berücksichtigungsfähigen Außenhaftung zugrunde gelegt werden kann. Weicht der Betrag zu Beginn des Wirtschaftsjahres von diesem Wert ab, ist dieser in Zeile 23 einzutragen.

Zeile 8

Tragen Sie hier bitte die Zugänge bei der positiven Ergänzungsbilanz aufgrund des Erwerbs oder Aufstockung des Gesellschaftsanteils ein.

Der Wert wird für die Fortschreibung des Kapitals aus der Ergänzungsbilanz (vgl. die Erläuterung zu Zeile 12) und für die Ermittlung „Anschaffungskosten Mehrwerte positive Ergänzungsbilanz“ (vgl. die Erläuterung zu Zeile 14) verwendet.

Zeile 11

Anzugeben ist das steuerliche Kapital des beschränkt haftenden Gesellschafters aus der Gesamthandsbilanz zu Beginn des Wirtschaftsjahres; ggf. ist Null einzutragen.

Bei Eintritt im Wirtschaftsjahr tragen Sie bitte die auf das Kapital erbrachten Einlagen in Zeile 5 ein.

Setzt sich das steuerliche Kapitalkonto aus mehreren Teilbeträgen zusammen (z. B. Festkapital, Kapitalkonten I und II), erläutern Sie bitte die Ermittlung des ausgewiesenen Betrages auf einem besonderen Blatt.

Zeile 12

Anzugeben ist das Kapital des beschränkt haftenden Gesellschafters aus der Ergänzungsbilanz zu Beginn des Wirtschaftsjahres.

Bei Eintritt im Wirtschaftsjahr ist das Mehr- oder Minderkapital in den Zeilen 8 und 9 einzutragen.

Zeile 13

Anzugeben ist die Summe aller Einlagen und Entnahmen in die Gesamthandsbilanz. Hierzu zählen auch die sog. Gewinneinlagen. Die Summe kann aufgrund von „Mehr-Entnahmen“ auch negativ sein.

Gewinneinlage ist der Betrag, um den die laufenden Gewinnanteile die bisherigen Verlustanteile übersteigen (vgl. die Erläuterung zu Zeile 20). Die Gewinneinlage ist nach handelsrechtlichen Grundsätzen (§ 169 Abs. 1 Satz 2 HGB) jährlich zu ermitteln und zu summieren.

Der Betrag aus Zeile 13 dient der Berechnung

- der auf die Handelsregistereinlage geleisteten Einlagen i. S. d. § 171 HGB,
- der Einlagen, die die ausbedungene Einlage i. S. d. § 171 HGB übersteigen,
- ggf. der Mehr-Entnahmen, die die geleisteten Einlagen i. S. d. § 171 HGB übersteigen.

Zeile 14

Hier sind die Anschaffungskosten (Mehrwert) der zum Anfang des Wirtschaftsjahres in der positiven Ergänzungsbilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter anzugeben.

Dabei ist zu beachten, dass bei Entnahme nicht der Restbuchwert der ausscheidenden Wirtschaftsgüter, sondern deren Anschaffungskosten (Mehrwert) abgezogen werden müssen.

Zeile 20

Geben Sie bitte den negativen Saldo aus den handelsrechtlichen (steuerpflichtige und steuerfreien) Gewinn- und Verlustanteilen der Vorjahre an.

Es handelt sich um den Verlustbetrag, zu dessen Ausgleich künftige Gewinnanteile verwendet werden müssen (§ 169 Abs. 1 HGB).

Ein positiver Saldo ist nicht hier einzutragen, sondern gehört zu den Gewinneinlagen in die Gesamthandsbilanz, die in Zeile 13 einzutragen sind. In diesem Fall entfällt eine Eintragung in Zeile 20.

Zeile 24

Anzugeben sind die zu Beginn des Wirtschaftsjahres noch nicht mit Einlageminderung verrechneten, aufgrund eines positiven Kapitalkontos oder aufgrund bestehender Außenhaftung ausgleichs- / abzugsfähigen steuerpflichtige Verluste aus den Jahren 1996 bis 2005.

Zeile 25

Anzugeben sind die zu Beginn des Wirtschaftsjahres noch nicht mit Einlageminderung verrechneten, aufgrund eines positiven Kapitalkontos oder aufgrund bestehender Außenhaftung ausgleichs- / abzugsfähigen nach DBA steuerfreien Verluste aus den Jahren 1996 bis 2005.

Anlagen FE-K 1 und FE-K 2

Die Namen der Beteiligten und die lfd. Nummern der Beteiligten übernehmen Sie bitte aus der Anlage FB.

Die Angaben auf den Anlagen FE-K 1 und FE-K 2 werden benötigt, wenn an einer Personengesellschaft unmittelbar oder mittelbar Körperschaften beteiligt sind.

Ist an der Personengesellschaft eine andere Personengesellschaft beteiligt, deren Anteile ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar von einer Kapitalgesellschaft oder mehreren Kapitalgesellschaften gehalten werden, sind zusätzliche Angaben erforderlich. In den Zei-

len 13, 28, 42 und 57 der Anlage FB ist der prozentuale Anteil der direkt oder indirekt beteiligten Kapitalgesellschaften anzugeben.

Anlage FE-K 1

Zeile 4

Geben Sie hier die Summe der steuerlichen Kapitalkonten des Beteiligten an. Hierzu zählen neben den Kapitalkonten lt. Gesamthandsbilanz auch eventuelle Kapitalkonten aus der Sonder- und / oder der Ergänzungsbilanz. Die Angaben dienen zum Abgleich mit dem Wertansatz der Beteiligung in der Bilanz der beteiligten Kapitalgesellschaft.

Zeilen 5 und 6

Die Angaben sind für die zutreffende Ermittlung der Körperschaftsteuererminderung nach § 37 Abs. 2 Satz 2 KStG erforderlich. Im Rahmen der für den Übergang vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren geltenden Übergangsfrist von 18 Jahren kommt es bei Ausschüttungen aus dem ehemaligen EK 40 zu einer Steuererminderung von $\frac{1}{6}$ des ausgeschütteten Betrages bei der ausschüttenden Kapitalgesellschaft. Diese Minderung soll jedoch erst bei der Endausschüttung an eine natürliche Person wirksam werden. Ist Empfänger der Ausschüttung eine Kapitalgesellschaft, ist bei dieser die ungerechtfertigte Steuererminderung durch eine entsprechende Zurechnung rückgängig zu machen (§ 37 Abs. 3 Satz 1 KStG). Gleiches gilt auch in Umwandlungsfällen bei einem Anteil der Kapitalgesellschaft am Übernahmegewinn (§ 37 Abs. 3 Satz 3 KStG).

Tragen Sie daher in Zeile 5 oder 6 die in Anspruch genommene Körperschaftsteuererminderung ein.

Anlage FE-K 2

Die Angaben auf der Anlage FE-K 2 sowie zusätzlich die Zeilen 7 bis 12 der Anlage FE-K 1 dienen der zutreffenden Anwendung des § 8 b KStG auf der Ebene der beteiligten Kapitalgesellschaft.